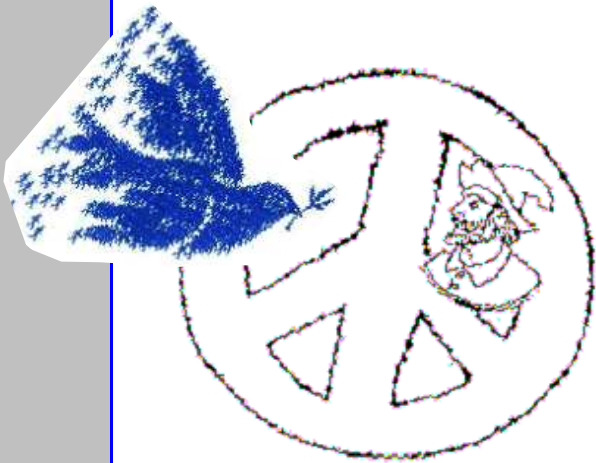


HIROSHIMA mahnt!



68 Jahre

Am 06. und 09. August 1945 starben die japanischen Städte

Hiroshima und Nagasaki

Heute mahnen uns die Katastrophen

Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima

Worte und Wirklichkeit

Die USA haben immer noch ca. 20 taktische Atomwaffen im Stationierungs-ort Büchel bei Cochem in Rheinland-Pfalz, die der NATO zur Verfügung stehen. Diese Atomwaffen sind frei fliegende Atombomben vom Typ B61. Im so genannten Verteidigungsfall sollen diese Atomwaffen an Deutschland als Bündnispartner weiter gegeben und mit deutschen Flugzeugen, geflogen von deutschen Piloten, eingesetzt werden. Ein unhaltbarer Zustand, der seit vielen Jahren kritisiert wird.

Die deutsche Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag 2009 zugesagt, alles in ihrer Macht stehende zu tun, dass die Atomwaffen abgezogen werden. Parteiübergreifend hat der deutsche Bundestag die Bundesregierung im Jahr 2010 zusätzlich aufgefordert, sich für ein völkerrechtliches Verbot aller Atomwaffen einzusetzen. ★

Doch den Worten folgten keine Taten. Im Gegenteil: Deutschland hat 2012 zugestimmt, dass alle Elemente der atomaren Abschreckung der NATO zuverlässig, sicher und effektiv bleiben. Deutschland hat in Kauf genommen, dass die Atomwaffen auf deutschem Boden modernisiert und auf Jahrzehnte hinaus einsatzbereit sein werden. ★

Nie wieder CDU/FDP

Wählen Sie bei der Bundestagswahl am 22. September 2013

Wählen Sie mit Ihrer Erststimme unseren Direktkandidaten der DKP Johann Holzheu und mit Ihrer Zweitstimme die Partei Die LINKE.

Die Heidenheimer Kommunisten im Bündnis mit der Friedensbewegung Heidenheimer Friedenstag im Mai 2013



Atomwaffen abschaffen-Atomkraftwerke abschalten-Atomtransporte stoppen!

Heidenheim zeigt Flagge

Es ist sicherlich eine gute Sache, dass Heidenheim dem weltweiten Netzwerk Städte und Bürgermeister für den Frieden bereits im 6. November 1986 beigetreten ist. Es ist auch eine gute Sache, dass OB Bernhard Ilg wiederkehrend am 08. Juli jeden Jahres die nebenstehende Flagge der Bewegung „Bürgermeister für den Frieden“ vor dem Rathaus gemeinsam mit der Friedensgruppe Heidenheim hisst.

Weltweit sind es 5664 Städte in 157 Länder. In der BRD sind es 398 Mitgliedsstädte. Eigentlich zu wenig um politische Kraft zu entfalten, um dem ausgehandelten Atomwaffensperrvertrag (NPT) mehr Geltung zu verschaffen. Die Bürgermeister für den Frieden erinnern am 08. Juli, dem Jahrestag des Zustandekommens an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes, das im Auftrag der Vereinten Nationen entschieden hat, wonach der Einsatz von Atomwaffen, ja bereits die Androhung des Einsatzes gegen internationales Recht, gegen Vorschriften und

Partizipien des humanitären Völkerrechts verstößt. **Kraft- und saftlose Beschlüsse.**



Nicht der Abbau von Atomwaffen kommt voran sondern deren Modernisierung. Was helfen Beschlüsse des Gemeinderats und eine Fahne, wenn der Widerstand gegen Atomwaffen vom Gemeinderat in seiner Gesamtheit nicht politisch getragen wird. Und politisch tragen bedeutet zumindest Präsenzpflicht der Gemeinderatsfraktionen. Dass die Gemeinderäte hier insbesondere die Räte der CDU, einschließlich OB Ilg (CDU), nicht bereit sind auf ihre eigene Partei öffentlichen und sichtbar Druck auszuüben, um Regierungsbeschlüsse (Seite 1) auch umzusetzen, ist ein weiterer politischer Schwachpunkt. Wenn sich aus 398 Mitgliedstädte in der BRD alle Gemeinderäte insbesondere alle CDU-

Stadt- und Gemeinderäte ihren Beschlüssen mehr Ernsthaftigkeit zollen würden, wäre Büchel atomwaffenfrei.

Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

Neun Länder besitzen zusammen mehr als 19.000 Atomwaffen. Etwa 2.000 werden von den USA und Russland noch immer in höchster Alarmbereitschaft gehalten. In Europa sind von der NATO in Belgien, Deutschland, Italien, in den Niederlanden und in der Türkei US-Atomwaffen stationiert. Die schätzungsweise 180 Atombomben in Europa - darunter auch die in Deutschland stationierten - sollen für etwa 10 Milliarden Dollar modernisiert werden. Jegliche Modernisierung ist ein Zeichen

für andere Staaten, dass das Wettrüsten weitergeht. Mehr als 40 Staaten besitzen Atomanlagen in denen Material für Atomwaffen aufbereitet werden könnte.



DKP-Stadtrat R. Püschel und DKP-Direktkandidat J. Holzheu